



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT

HANDEL &
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM**88,91 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS**52,06 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZITAT DES TAGES

„Deutschland ist Technologieführer und Vorreiter bei der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie“

Der Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) sagte dies anlässlich der Übergabe von Förderurkunden für Wasserstoffprojekte in den Regionen Rügen-Stralsund, Erfurt und Rhein-Ruhr.

VERANSTALTUNG

Privates Kapital für die Energiewende mobilisieren

GAS

Strategische Gasreserve rückt in den Fokus

PERSONALIE

Überraschende Kehrtwende des Bonner Geschäftsführers

Inhalt

TOP-THEMA

→ **VERANSTALTUNG:** Mehr Kapital für die Energiewende gefordert

POLITIK & RECHT

- **VERANSTALTUNG:** Privates Kapital für die Energiewende mobilisieren
- **STUDIEN:** CO2-Preissignale effektiver als H2-Förderung
- **E-CONTROL:** Vorerst keine Krise auf den Energiemärkten
- **RECHT:** Klage aus den Niederlanden gegen NRW-Windkraft angekündigt
- **EUROPA:** Wie die EU-Kommission die Strompreise senken will

HANDEL & MARKT

- **GAS:** Strategische Gasreserve rückt in den Fokus
- **VERTRIEB:** Erdgasstarife steigen für Neukunden deutlich
- **WASSERSTOFF:** 30 Millionen für Wasserstoffprojekte im Verkehr
- **STATISTIK DES TAGES:** Länge des Stromnetzes in Deutschland im Vergleich 2010 und 2024

TECHNIK

- **STROMNETZ:** Amprion sieht Engpässe im Stromnetz
- **IT:** Siemens plant standardisierte Infrastruktur für Rechenzentren

→ IT: Energieversorger setzen auf gemeinsame IT-Plattform

UNTERNEHMEN

- **PERSONALIE:** Überraschende Kehrtwende des Bonner Geschäftsführers
 - **BÜRGERBETEILIGUNG:** Kreuznach sammelt mehr als 1 Millionen Euro bei der Bevölkerung ein
 - **STADTWERKE:** Stadtwerke Düsseldorf führen vereinheitlichten Fernwärmetarif ein
 - **RECHT:** Ex-Chef und Stadtwerke Pforzheim sind keine Gegner mehr
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** CO2-Debatte drückt Strompreise trotz Krieg
-

SERVICE

- ENERGIEDATEN
- STELLENANZEIGEN
- REDAKTION
- IMPRESSUM

★ TOP-THEMA

Mehr Kapital für die Energiewende gefordert



Kerstin Andreae (BDEW) und Ingbert Liebing (VKU) auf dem Finanzierungsgipfel. Quelle: Susanne Harmsen

VERANSTALTUNG. Beim Finanzierungsgipfel von BDEW, VKU und Deloitte in Berlin forderten Verbände und Politik bessere Rahmenbedingungen, um private Investitionen für die Energiewende zu mobilisieren.

Für den Umbau des Energiesystems in Deutschland sind bis 2030 jährlich rund 90 Milliarden Euro an Investitionen notwendig. Darauf haben Vertreter aus Energiebranche, Finanzwirtschaft und Politik bei einem gemeinsamen Finanzierungsgipfel in Berlin hingewiesen. Veranstalter waren der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) sowie das Beratungsunternehmen Deloitte.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung am 17. März stand die Frage, wie sich insbesondere privates Kapital schneller und verlässlicher für die Transformation mobilisieren lässt. Mehr als 200 Teilnehmer aus Energie- und Finanzbranche diskutierten über geeignete Instrumente und politische Rahmenbedingungen. Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Frank Wetzel, betonte, dass die Energiewende nur finanzierbar sei, wenn zusätzliches privates Kapital erschlossen werde.

Für den Ausbau der Stromnetze gelte dabei der Grundsatz „nur so viel wie nötig“. Speziell die Verteilnetze stünden vor erheblichen Investitionen. Bis 2033 rechne sein Ministerium allein in diesem Bereich mit rund 120 Milliarden Euro. Das entspreche mindestens einer Verdopplung der bisherigen durchschnittlichen Investitionen. Wetzel kündigte an, die Bundesregierung wolle verlässliche Rahmenbedingungen für die kommenden 20 Jahre schaffen. Die Energiewende sei eine Generationsaufgabe.

Förderprogramme des Bundes sollen künftig als modulares „Baukastensystem“ ausgestaltet werden. Als Beispiel nannte er die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW), die den Neubau und die Dekarbonisierung von Wärmenetzen unterstützt. Laut Wetzel wurden bereits mehr als 3.200 Anträge bewilligt, insgesamt könnten rund sechs Milliarden Euro Fördermittel bereitgestellt werden.

Zur Finanzierung setze der Bund auch auf Förderkredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Darüber hinaus arbeite die Bundesregierung an weiteren Instrumenten. Geplant seien unter anderem Programme wie „EEG Plus“ zur Unterstützung erneuerbarer Energien sowie Modelle für Konsortialkredite. Auch Länder und Kommunen müssten sich stärker beteiligen. Als Beispiel nannte Wetzel ein verbürgtes Nachrangdarlehen in Hessen.



Staatssekretär Frank Wetzel (BMWE) auf dem Finanzierungsgipfel
Quelle: Susanne Harmsen

Energiewende als Investitionsthema

Die BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae erklärte, das große Interesse an der Veranstaltung zeige die Bedeutung der Energiewende als Investitionsthema. Die Transformation sei nicht nur klimapolitisch notwendig, sondern stärke auch die wirtschaftliche Stabilität. Der Deutschlandfonds könne helfen, Finanzierungskosten zu senken. Allerdings müsse sichergestellt werden, dass die Mittel tatsächlich in zusätzliche Infrastrukturinvestitionen fließen und nicht bestehende Ausgaben ersetzen.

Andreae forderte zudem stärkere Instrumente zur Eigenkapitalstärkung und Risikoübernahme. Diese seien entscheidend, um Projekte finanzierbar zu machen und privates Kapital in größerem Umfang zu mobilisieren. „Genau hier liegt der wohl größte Hebel, um Projekte finanzierbar zu machen und privates Kapital in großem Umfang zu mobilisieren. Investoren und Energieunternehmen stehen in den Startlöchern“, sagte sie.

Kommunen und Stadtwerke unterstützen

Auch der VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing sieht zusätzlichen Handlungsbedarf. Die Energiewende könne nur gemeinsam von Staat, Energie- und Finanzwirtschaft bewältigt werden, erklärte er. Der Deutschlandfonds sei ein erster Schritt, weitere Maßnahmen müssten folgen. Insbesondere Stadtwerke benötigten mehr Eigenkapital. Der Bund solle dafür Modelle wie Bürgschaften und Garantien entwickeln.

Liebing verwies zudem auf die Rolle der Bundesländer. Diese könnten etwa Rahmenbedingungen schaffen, damit Kommunen Kredite aufnehmen und an ihre Stadtwerke weiterreichen können, ohne ihre eigene finanzielle Leistungsfähigkeit zu beeinträchtigen. Niedersachsen habe hierfür bereits ein entsprechendes Modell entwickelt.

Angesichts der hohen Investitionsbedarfe dürften Bund und Länder die Verantwortung nicht gegenseitig verschieben, mahnte Liebing. Vielmehr müssten alle staatlichen Ebenen sowie private Akteure gemeinsam Lösungen entwickeln, um die Finanzierung der Energiewende langfristig sicherzustellen.

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



SOPTIM WEBINAR:
CHANCEN IM GAS
BILANZKREISMANAGEMENT,
AUSGLEICHSENERGIE
WAR GESTERN.

25. MÄRZ 2026, 11 – 12 UHR

SOPTIM

ZUM WEBINAR ANMELDEN ➔



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT

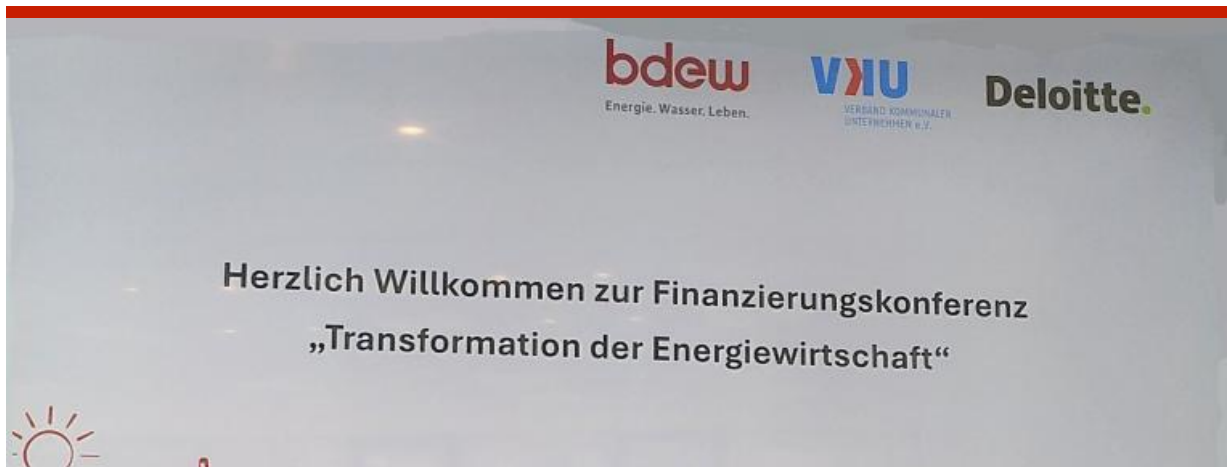


TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: BDEW

Privates Kapital für die Energiewende mobilisieren

VERANSTALTUNG. Beim Finanzierungsgipfel in Berlin forderten BDEW und VKU bessere Rahmenbedingungen, um jährlich rund 90 Milliarden Euro für die Energiewende zu mobilisieren.

Damit Deutschland beim Ausbau von Netzen und Erzeugungsanlagen vorankommt, sind laut Branchenvertretern bis 2030 jährlich Investitionen von rund 90 Milliarden Euro erforderlich. Wie sich dieses Kapital mobilisieren lässt, diskutierten Vertreter aus Politik, Finanzwirtschaft und Energiebranche beim gemeinsamen Finanzierungsgipfel der Energieverbände BDEW und VKU am 17. März in Berlin. Die Veranstaltung fand in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsberatung Deloitte statt.

Steffen Meyer, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, verwies auf den geplanten Deutschlandfonds. Dieser solle zusätzliche Mittel mobilisieren und mehr als 100 Milliarden Euro Kapital aus weiteren Quellen einwerben. Institutionelle Investoren, insbesondere aus dem Ausland, zeigten laut Meyer Interesse am deutschen Energiemarkt. Allerdings seien viele Stadtwerke zu klein, um für große Fonds attraktiv zu sein. Meyer schlug vor, Verbünde zu schaffen, um größere Investitionsvolumina zu bündeln. Besonders Netzinfrastrukturen mit vergleichsweise stabilen Renditen gelten demnach als interessant für Investoren.

Das Ministerium prüfe die Einrichtung eines „Private Investor Pools“. Dieser soll laut Meyer eine Plattform schaffen, um Kapitalgeber mit Stadtwerken und anderen Energieunternehmen zusammenzubringen. Der Deutschlandfonds könnte dabei Sicherheiten bereitstellen. Parallel arbeite die Bundesregierung an regulatorischen Grundlagen, etwa mit dem Netzpaket, der Kraftwerksstrategie und einem Kapazitätsmarkt, um Investitionssicherheit zu erhöhen.

Kommunen stärken für Stadtwerke

Martin Blessing, Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers für Investitionen, betonte die Bedeutung klarer Rahmenbedingungen. Investoren benötigten Vertrauen in kommunale Unternehmen. Dieses entstehe speziell dann, wenn Kommunen hinter ihren Stadtwerken stehen. Gleichzeitig hätten Unternehmen in finanzschwachen Kommunen größere Schwierigkeiten, Fremdkapital zu erhalten. Beteiligungen externer Geldgeber seien oft keine Option. Blessing schlug vor, alternative Sicherheiten zu schaffen, etwa durch

Bürgschaften von Ländern oder Bund, um Risikoaufschläge zu senken.

Aus Sicht der Finanzbranche sieht der Bundesverband deutscher Banken bereits eine Entwicklung. Geschäftsführungsmitglied Miye Kohlhasse erklärte, die Investitionen in Energieunternehmen seien zuletzt um 14 Prozent gestiegen. Gleichzeitig seien Transformationsfinanzierungen komplexer als klassische Kredite. Gründe seien längere Amortisationszeiten, neue Technologien und unsichere Absatzmärkte, etwa im Wasserstoffbereich. Solche Projekte benötigten zusätzliche Absicherungen, etwa durch Bürgschaften oder spezielle Versicherungsmodelle. Voraussetzung bleibe jedoch ein tragfähiges Geschäftsmodell.

Politik soll klare Rahmen schaffen

Stefan Dohler, Vorstandsvorsitzender des Energieunternehmens EWE, forderte von der Politik mehr Verlässlichkeit. Regulatorische Änderungen könnten zusätzliche Risiken schaffen und Investitionen verteuern. Als Beispiel nannte Dohler die Diskussion um die Einbindung von Biogas in gesetzliche Regelungen, die Auswirkungen auf die Zukunft der Gasnetze haben könnte. Solche Unsicherheiten könnten zu steigenden Kosten führen.

Zudem sei die Förderung der Wärmewende widersprüchlich. Im gleichen Ortsgebiet gebe es aktuell Förderung für individuelle Wärmepumpen und ein Wärmenetz. Dieses werde aber teurer und amortisiere sich schlechter, je weniger Teilnehmende sich anschließen, kritisierte Dohler.



(von rechts nach links) Stefan Dohler (BDEW), Steffen Meyer (BMF), Miye Kohlhasse (Bankenverband) und Martin Blessing (Beauftragter der Bundesregierung für Investitionen)

Quelle: Susanne Harmsen

Für Investitionen in Offshore-Windenergie und Wasserstoff seien stabile Rahmenbedingungen entscheidend, um die Kreditwürdigkeit zu sichern, so Dohler. Finanzierungsinstrumente wie Power Purchase Agreements (PPA) oder Differenzverträge (CfD) könnten helfen, benötigten jedoch zusätzliche Absicherungen gegen Liefer- oder Abnahmerisiken.

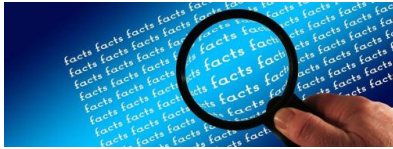
Wasserstoffmarkt befördern

Staatssekretär Meyer verwies in diesem Zusammenhang auf das Amortisationskonto zur Finanzierung des Wasserstoffkernnetzes. Zudem führe die Bundesregierung Gespräche mit der Europäischen Union, um regulatorische Vorgaben für erneuerbaren Wasserstoff anzupassen und den Markthochlauf zu erleichtern. Programme wie H2Global sollen den internationalen Handel unterstützen.

Hans-Jürgen Walter, Global Leader Sustainable Finance bei Deloitte, plädierte für einen grundlegenden Perspektivwechsel. Der Staat solle stärker als Mobilisierer privaten Kapitals agieren. Kleinere Energieunternehmen seien auf neue Finanzierungsmodelle angewiesen, da ihre Eigenmittel begrenzt und der Zugang zu Kapitalmärkten eingeschränkt sei. Partnerschaften und maßgeschneiderte Lösungen seien daher zentral, um die notwendigen Investitionen umzusetzen. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

CO2-Preissignale effektiver als H2-Förderung



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

STUDIEN. Eine Studie zeigt: H2-Ready-Gaskraftwerke senken Systemkosten und Abregelung, ersetzen fossile Kapazitäten aber nur teilweise. Wasserstoff-Fördermaßnahmen sehen die Autoren kritisch.

H2-fähige Gaskraftwerke können die Transformation des deutschen Stromsystems kosteneffizient unterstützen, indem sie Flexibilität bereitstellen und den Ausbaubedarf anderer Technologien reduzieren, bleiben jedoch langfristig auf politische Rahmenbedingungen angewiesen. Zu diesem Ergebnis kommt eine im Magazin „Applied Energy“ veröffentlichte Studie mit dem Titel „Hydrogen-ready power plants: Optimizing pathways to a decarbonized energy system in Germany“.

Die Studie untersuchte auf Basis eines Kapazitätserweiterungsmodells verschiedene Transformationspfade für das deutsche Stromsystem. Im Fokus standen H2-Ready-Gas-und-Dampf-Kraftwerke (GuD), die zunächst mit Erdgas betrieben und bis spätestens 2040 auf grünen Wasserstoff umgestellt werden sollen. Ziel der Studie war es, deren Einfluss auf Kosten, Emissionen und Infrastrukturbedarf zu quantifizieren.

Ein zentrales Ergebnis ist der systemische Flexibilitätsbeitrag dieser Anlagen. H2-Ready-Kraftwerke können die Abregelung erneuerbarer Energien um mehr als 35 Prozent reduzieren. Gleichzeitig senken sie den Bedarf an zusätzlichen erneuerbaren Erzeugungskapazitäten sowie an Flexibilitätsoptionen wie Speichern oder alternativen regelbaren Kraftwerken. Dadurch verringern sich die Gesamtsystemkosten im Vergleich zu Szenarien ohne entsprechende Kraftwerksoption.

Die Studie zeigt zudem, dass H2-Ready-Anlagen Investitionsentscheidungen im Stromsystem deutlich beeinflussen. Ihr Einsatz verschiebt den optimalen Technologiemix, da sie Lastspitzen und Dunkelflauten abdecken können. Ohne diese Option wären höhere Investitionen in kurzfristige Speicher und zusätzliche erneuerbare Kapazitäten erforderlich, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Hoher Einfluss von CO2-Preissignalen

Gleichzeitig relativiert die Analyse aber die Rolle von Wasserstoff im Kraftwerksbetrieb. Aufgrund der geringen Verfügbarkeit kann der wirtschaftliche Einsatz von Wasserstoff erst in späteren Phasen der Dekarbonisierung oder unter spezifischen Förderbedingungen erfolgen. In den modellierten Szenarien verbleiben daher fossile Brennstoffe über einen längeren Zeitraum im System. H2-Ready-Kraftwerke fungieren damit primär als Übergangstechnologie mit optionalem Brennstoffwechsel, nicht als kurzfristiger Ersatz für fossile Erzeugung.

Ein weiterer Schwerpunkt der Studie liegt auf der Bewertung politischer Instrumente. Die Ergebnisse zeigen, dass CO2-Preissignale einen stärkeren Einfluss auf eine kosteneffiziente Transformation haben als direkte Fördermaßnahmen für Wasserstoff. Während Förderprogramme den Markthochlauf von Wasserstoff unterstützen können, führen sie im Modell teilweise zu höheren Gesamtkosten. Dagegen setzen steigende CO2-Preise gezieltere Anreize für emissionsarme Technologien und beschleunigen den Brennstoffwechsel.

Insgesamt kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass H2-Ready-Gaskraftwerke eine wichtige Rolle in einem von erneuerbaren Energien dominierten Stromsystem einnehmen können, insbesondere zur Absicherung der Versorgung und zur Reduktion von Systemkosten. Ihre Klimawirkung hängt jedoch maßgeblich von der Verfügbarkeit und Wirtschaftlichkeit von grünem Wasserstoff sowie von der Ausgestaltung energiepolitischer Rahmenbedingungen ab.

Die Studie „Hydrogen-ready power plants: Optimizing pathways to a decarbonized energy system in Germany“ ist in der wissenschaftlichen Datenbank Science Direct abrufbar. // VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

Vorerst keine Krise auf den Energiemärkten



Quelle: Fotolia / Bertold Werkmann

E-CONTROL. Staatliche Eingriffe bei den Strompreisen sind trotz des Kriegs im Iran nicht nötig, hieß es bei der Präsentation des Tätigkeitsberichts des österreichischen Regulators für 2025.

Österreichs Regulierungsbehörde E-Control sieht derzeit keine Notwendigkeit für staatliche Eingriffe bei den Strompreisen. Das betonte ihr scheidender Vorstand Wolfgang Urbantschitsch am 17. März bei der Präsentation des Tätigkeitsberichts der E-Control für das Jahr 2025. Urbantschitsch erläuterte, die den Haushalten angebotenen Nettopreise für Strom bewegten sich aktuell bei etwa 10 bis 11 Cent/kWh. Das sei durchaus „normal“. Für Kunden mit dynamischen Tarifen sei es allerdings ratsam, auf Tarife mit Fixpreisen umzusteigen: „Da gibt nach wie vor attraktive Angebote.“ Der Anteil der Kunden mit dynamischen Tarifen an der Gesamtzahl der etwa vier Millionen Haushaltskunden liegt laut Urbantschitsch „im niedrigen einstelligen Prozentbereich“.

Urbantschitsch ergänzte, wohl seien die Großhandelspreise für Strom und Gas infolge des US-amerikanisch-israelischen Angriffs auf den Iran gestiegen: „Wir verzeichnen aber bei weitem nicht die Spitzen, die nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022 auftraten.“ Damals hätten die Maxima rund 600 Euro/MWh für Strom und 200 Euro/MWh für Erdgas betragen. Zurzeit werde Erdgas um etwa 50 Euro/MWh gehandelt: „Man kann daher zumindest vorerst noch nicht von einer Krise sprechen.“ Dauert der Krieg im Nahen Osten bis etwa in den Sommer an, ist der E-Control zufolge mit Auswirkungen auf die Strompreise für die Haushaltskunden zu rechnen. Als Richtwert nannte Urbantschitsch eine Erhöhung um etwa 1 Cent/kWh. Ein durchschnittlicher Haushalt benötigt rund 3.500 kWh/Jahr.

Unzureichende Wechselraten

Als weiterhin unzureichend erachtet die E-Control laut Urbantschitsch die Wechselraten. Im Jahr 2025 wechselten etwa 5,4 Prozent der Kunden ihren Stromversorger und 6,3 Prozent ihren Gaslieferanten: „Da sehen wir nach wie vor viel Luft nach oben.“ Mit einem Wechsel beider Versorger ließen sich unter Umständen „mehrere hundert Euro pro Jahr“ einsparen.

In den kommenden Tagen veröffentlicht die E-Control ihren „Fairnesskatalog“ zur weiteren Verbesserung des Umgangs der Energieunternehmen mit ihren Kunden, kündigte Urbantschitsch an. Wie berichtet, hatte die Behörde den 14 Seiten umfassenden Entwurf des Katalogs am 9. Dezember 2025 vorgestellt und in den vergangenen Monaten mit der Branche diskutiert. Das Dokument enthält acht „Fairnessgrundsätze“ samt Handlungsempfehlungen. Eine der Empfehlungen ist der Hinweis auf die Möglichkeit, monatliche Abrechnungen zu erhalten, eine weitere die Gleichbehandlung von Neu- und Bestandskunden.

Ebenfalls in Bälde stellt die E-Control ihren Entwurf einer Musterrechnung für Strom sowie eine Liste mit Musterformulierungen für die Kundenkommunikation online, teilte Urbantschitsch auf Anfrage der Redaktion mit. Beides ist im Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) vorgesehen, das Ende 2025 in Kraft trat. Urbantschitsch konstatierte, die Formulierungen stellten eine Hilfe für die Stromversorger dar, aber nicht mehr: „Die Verantwortung für die transparente Kommunikation mit den Kunden liegt natürlich weiter bei ihnen selbst.“

Steigende Netztarife

Urbantschitsch verlässt die E-Control per 25. März. Nach zwei Funktionsperioden im Vorstand durfte er sich nicht mehr um eine Vertragsverlängerung bewerben. Sein Kollege Alfons Haber bleibt für weitere fünf Jahre im Amt. Wie er festhielt, ist und bleibt das Vorantreiben der Energiewende eine der wichtigsten Aufgaben der E-Control. Dabei werde es insbesondere um den weiteren Ausbau der Stromnetze gehen. Die Netzbetreiber planen für den Zeitraum 2025 bis 2034 Investitionen von insgesamt etwa 29,5 Milliarden Euro: „Gegenüber den vorigen zehn Jahren ist das mehr als eine Verdopplung.“ Angesichts dessen rechnet die E-Control mit einem weiteren Anstieg der Netztarife, die sich für Haushalte im Zeitraum 2021 bis einschließlich 2025 für einen Durchschnittshaushalt um 70 Prozent auf 9,28 Cent/kWh erhöhen.

Anders als in Deutschland legt in Österreich der Regulator die Netztarife fest. Grob gesprochen, erfolgt dies auf Basis einer jährlichen Prüfung der Kosten sowie des Mengengerüsts. Vorgesehen ist laut Haber, ab dem 1. Januar 2027 die Leistungskomponente in den Tarifen für die Haushalte stärker zu gewichten.

Bei den Gasnetzen steht dem gegenüber eine „strategische Neuausrichtung“ an, konstatierte Haber. Tendenziell sinke der Verbrauch, die Kosten blieben jedoch unverändert. Dies führe zu höheren Netzentgelten. Der Tätigkeitsbericht der E-Control verweist in diesem Zusammenhang auf die Stilllegungsplanung der EU hinsichtlich der Gas-Verteilnetze. Deren Ausgestaltung werde „voraussichtlich in den nächsten Monaten“ erfolgen.

Der Tätigkeitsbericht ist auf der Website der [E-Control](#) verfügbar. // VON KLAUS FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Klage aus den Niederlanden gegen NRW-Windkraft angekündigt



Die Windkraft hat im Reichswald noch keinen leichten Stand. Quelle: Volker Stephan

RECHT. Regionalpläne sollen NRW helfen, genügend Flächen für Windenergie gemäß Bundesvorgaben zu finden. Die Ergebnisse gefallen nicht allen. Jetzt meckern sogar Nachbarn aus den Niederlanden.

Der Klever Reichswald ist ein großes Forstgebiet, das mehrere Kommunen am Westrand Nordrhein-Westfalens überzieht. Und es macht auch vor Staatsgrenzen nicht Halt. Der zusammenhängende Baumbestand reicht in den Niederlanden bis hinüber nach Nijmegen. Und von beiden Seiten der Grenze schallt nun Unmut in den Reichswald.

Denn der Regionalplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf, zu dem der Kreis Kleve gehört, sieht in dem Waldgebiet insgesamt vier Zonen für künftige Windkraft vor. Regionalpläne sind das Mittel, um Nordrhein-Westfalen auf das vom Bund vorgegebene Flächenziel für die Windkraftentwicklung zu trimmen. Die Pläne der Regionen und damit von gesamt NRW liegen inzwischen komplett vor, weit vor der gesetzten Frist (2032).

Aber sie sind angreifbar. Mit den vorgesehenen juristischen Mitteln können Interessenträger die Regionalpläne angreifen, wenn sie an einer Stelle eine Windkraftzone oder ein Projekt für unrechtmäßig halten. Und der Kreis Kleve hat bereits beim Oberverwaltungsgericht für NRW in Münster Klage eingereicht, ein Normenkontrollverfahren angestrengt. Windkraft dürfe dort aufgrund der ökologischen Bedeutung des Reichswaldes und seiner prägenden Funktion für das Landschaftsbild nicht entstehen.

Gennep, Mook & Middelaar und Berg en Dal sind sauer

Die Kreisverwaltung ist in ihrer Auffassung nicht allein, auch andere bereiten juristische Schritte gegen den Regionalplan Düsseldorf vor. Und deren Namen klingen niederländisch: Gennep, Mook & Middelaar sowie Berg en Dal. Es handelt sich um Kommunen auf der anderen Seite der Grenze. Sie bewegen sich aktuell mit ihrem Nein noch auf der Ebene des Einspruchs und der Beschwerde. Eine Klage, so die OVG-Sprecherin, sei aus den Niederlanden noch nicht eingegangen.

Das aber scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, glaubt man dem Beigeordneten von Berg van Dal, Erik Weijers. Er reklamiert für die Gegenseite, dass Windkraftanlagen im Reichswald „eine großflächige Zerstörung der Natur“ und eine „inakzeptable Verschlechterung der Lebensqualität in der unmittelbaren Umgebung“ bedeuten würden. Die Verbündeten würden alles rechtlich Mögliche versuchen, um die Turbinen zu verhindern.

Im Falle des Reichswalds hat zum Beispiel das Unternehmen Abo Energy sein Interesse am Bau von Windenergieanlagen hinterlegt. Erik Weijers spricht in einer Mitteilung davon, dass ein erster Genehmigungsantrag nicht mehr existiere, das Wiesbadener Unternehmen allerdings einen neuen in Vorbereitung habe. Über das Procedere möchten die Gelderland-Kommunen durch den Kreis Kleve unterrichtet bleiben.

Spannende Frage, ob europäische Nachbarn klagen dürfen

Die weitere Entwicklung wird auch die Antwort auf eine interessante juristische Frage liefern. Es ist aktuell nicht ausgemacht, ob niederländische Kommunen oder Behörden in diesem Zusammenhang überhaupt ein Klagerecht besitzen.

Wie eine Sprecherin des Oberverwaltungsgerichts auf Anfrage dieser Redaktion sagte, habe es in der Vergangenheit den Fall einer Klage gegeben, die eine niederländische Provinz gegen ein entstehendes Gewerbegebiet auf deutschem Boden in Grenznähe angestrengt hatte. Bevor es zu einer Verhandlung und rechtlichen Prüfung kommen konnte, habe die Provinz die Klage allerdings wieder zurückgenommen.

Der Kreis Kleve hat noch keine Klage in der Hauptsache eingereicht, sondern will zunächst ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren aussetzen lassen. Klagen gegen den Regionalplan Düsseldorf liegen aber bereits durch andere Parteien vor. Gegen die vom Regionalrat Düsseldorf verabschiedeten Festlegungen sind inzwischen die Kommunen Rommerskirchen, Monheim und Mettmann vor dem OVG vorstellig geworden. Sie begehren gegen Windkraft an unterschiedlichen Orten ihres Gemeindegebiets auf. Und das Gericht muss sich 2026 auch den Regionalplan für Ostwestfalen-Lippe (OWL) genauer ansehen. Eine Kommune und ein Grundstückseigentümer haben verschiedene Klagen eingereicht.

// VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

Wie die EU-Kommission die Strompreise senken will



Quelle: Pixabay / Erich Westendarp

EUROPA. Trotz Iran-Kriegs ist die Energie-Versorgungssicherheit Europas gewährleistet, aber hohe Preise machen Sorge. Vor einem Gipfeltreffen legt die EU-Kommissionspräsidentin ihre Pläne dar.

Die infolge des Iran-Kriegs steigenden Energiepreise machen Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Unternehmen in Europa zu schaffen. Seit Beginn des Konflikts gab Europa nach Berechnung der Europäischen Kommission bereits zusätzliche sechs Milliarden Euro für Importe fossiler Brennstoffe aus.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte bereits vergangene Woche an, die Energiepreise senken zu wollen. In einem Brief mit Blick auf ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer Ende der Woche in Brüssel legt sie nun genauer dar, wie ihre Behörde das anpacken möchte. Der Brief liegt der Deutschen Presse-Agentur vor. Man müsse bei den vier Hauptfaktoren ansetzen, die den Strompreis bestimmten, schreibt Ursula von der Leyen.

Kosten der Stromerzeugung

Die Stromerzeugungskosten machen laut Kommission mehr als die Hälfte des Preises aus und sollen auf verschiedene Weise gesenkt werden. Zentral sei dabei der Ausbau sauberer Energie und der Stromnetze in Europa. Das soll unter anderem dazu führen, dass Gas seltener den Strompreis bestimmt. Denn: Der EU-Strommarkt funktioniert nach dem Merit-Order-Prinzip. Zuerst liefern günstige Quellen wie Wind- und Solarenergie Strom, bei weiterem Bedarf dann teurere Kraftwerke. Der Preis richtet sich am Ende nach dem teuersten Kraftwerk – oft Gaskraftwerke.

Um Kosten in solchen Phasen zu dämpfen, will von der Leyen etwa langfristige Stromabnahmeverträge (Power Purchase Agreements, PPA) stärker fördern und Hürden dafür abbauen. Diese Stromabnahmevereinbarungen sollen Unternehmen mehr Preisstabilität bieten. Zudem spricht sich die Kommissionspräsidentin dafür aus, bestehende Kernkraftwerke nicht vorzeitig stillzulegen.

Gaspreisdeckelung wird debattiert

Ferner ermuntert sie EU-Länder, energieintensive Industrien im Rahmen der Beihilferegeln bei Strompreisen zu entlasten. Die entsprechenden Mechanismen sollen vereinfacht werden. Von der Leyen kündigt in dem Brief auch an, Subventionen oder eine Gaspreisdeckelung in Betracht zu ziehen und Fall für Fall zu prüfen, wie solche Notfallmaßnahmen den Strommarkt beeinflussten. Wichtig sei, dass der Binnenmarkt nicht verzerrt werde.

Die Gebühr für die Nutzung der Strom- oder Gasnetze sei wichtig, um Investitionen zu finanzieren – allerdings sollen auch bestehende Stromnetze besser genutzt werden. „Dadurch lassen sich unnötige und kostspielige Netzausbauten vermeiden“, schreibt die Präsidentin. Auch Netzbetreiber könnten mehr tun, um die Produktivität der Infrastruktur zu steigern. Für diese Ziele kündigt sie einen Gesetzesvorschlag ihre Behörde an – und um gleichzeitig den EU-Staaten zu ermöglichen, Netzentgelte für energieintensive Industrien zu senken.

Von der Leyen macht darauf aufmerksam, dass bei Steuern und Abgaben je nach Energiequelle erhebliche Unterschiede bestehen. „In vielen Fällen wird Strom deutlich stärker besteuert, teilweise bis zu fünfzehnmal stärker, als Gas“, so die Spitzenpolitikerin. Auch durch gesetzgeberische Maßnahmen bestehe daher Spielraum, die Strombesteuerung zu senken.

An den Treibhausgas-Zertifikaten hält die EU fest

Von der Leyen stellt klar: Am Handelssystem mit Treibhausgas-Zertifikaten der EU wolle man festhalten. Bei dem Emissionshandelssystem (Emission Trading System, ETS) müssen bestimmte Unternehmen Zertifikate für den Ausstoß klimaschädlicher Gase vorweisen. Die Industrie kritisiert das System unter anderem wegen dadurch steigender Produktionskosten, die den Wettbewerb mit Firmen außerhalb der EU erschweren. Italien etwa fordert eine Art der Aussetzung des Systems zur Abfederung der hohen Preise.

Die Kommission wolle in Kürze festlegen, wie viel CO₂ eine Industrieanlage ausstoßen darf, um kostenlose Zertifikate zu bekommen und dabei die geäußerten Bedenken berücksichtigen, so von der Leyen. Darauf hatte Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) gedrungen. Außerdem wolle die Behörde einen Vorschlag machen, damit die Marktstabilitätsreserve stärker wirke, schreibt von der Leyen. So sollen starke Preisschwankungen eher verhindert werden können. Für den Sommer ist eine Revision des Handelssystems vorgesehen. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Shutterstock / sdf_qwe

Strategische Gasreserve rückt in den Fokus

GAS. Die Gasversorgung für den Restwinter ist kein Problem mehr. Die Wiederbefüllung der Speicher hingegen schon.

Auch wenn es noch einmal extrem kalt werden sollte, reichen die Speicherstände aus, um die Gasversorgung in Deutschland bis zum Ende der Heizperiode zu sichern. Zur Herausforderung wird allerdings die Wiederbefüllung im Sommer. Die geopolitische Situation und stark gestiegene Gaspreise haben den Sommer-Winter-Spread ins Negative gedreht, wie es in einer Mitteilung des Verbandes „INES“ (Initiative Energien Speichern) heißt: Ökonomische Anreize zur Einspeicherung fehlten dem Markt derzeit vollständig.

Ines fordert deshalb eine Debatte zur Sicherung der Speicherbefüllung. Die aktuellen Modellrechnungen des Speicherverbandes zeigen, dass rein technisch eine Wiederbefüllung im Sommer 2026 in Höhe des Buchungsstands vom Vorjahr (81 Prozent zum 1. November) zwar theoretisch machbar wäre. Die aktuellen Marktrealitäten unterscheiden sich jedoch deutlich von den technischen Möglichkeiten. Das heißt, der tatsächliche Füllstandsverlauf kann erheblich abweichen. Sogar von einer „außergewöhnlich großen Herausforderung“ ist seitens Ines die Rede.

Schließung der Straße von Hormus treibt die Preis

Die Schließung der Straße von Hormus führt zwar nicht unmittelbar zu technischen Einschränkungen für die Gasversorgung Europas oder für die Befüllung der Speicher in Deutschland. Sie hat jedoch zu erheblichen Preissteigerungen auf den globalen LNG-Märkten geführt. Der daraus resultierende Bieterwettbewerb zwischen Asien und Europa treibt die Preise nach oben.

In der Folge hat sich der saisonale Sommer-Winter-Spread ins Negative gedreht: Gas ist für den kommenden Winter derzeit günstiger verfügbar als für den Sommer. Damit fehlen dem Markt aktuell ökonomischen Anreize zur Einspeicherung. Vor dem Hintergrund der historisch niedrigen Ausgangsfüllstände – Ende Februar waren es nur noch 21 Prozent – sieht Ines ein „erhebliches Risiko für die Vorbereitung der kommenden Winterversorgung“.

Geschäftsführer Sebastian Heinermann: „Die Versorgung für den restlichen Winter ist gesichert. Die eigentliche Herausforderung liegt jetzt vor uns – bei der Wiederbefüllung der Speicher für den kommenden Winter. Der negative Sommer-Winter-Spread zeigt deutlich, dass dem Markt derzeit jeglicher ökonomische Anreiz zur Einspeicherung genommen worden ist.“

Der Status quo ist für Heinermann nicht tragfähig: „Bestehende Mechanismen sichern die Gasversorgungssicherheit nicht ausreichend ab, weil die Anreize zur Befüllung der Gasspeicher unzureichend sind. Der gesetzliche und regulatorische Rahmen muss weiterentwickelt werden, indem verbesserte Instrumente implementiert werden.“

Nach Einschätzung vieler Marktakteure haben vor allem die bisherigen Füllstandsvorgaben und die damit verbundenen Marktverzerrungen die Preisbildung verändert und die Anreize zur Einspeicherung deutlich reduziert. Der derzeit negative Sommer-Winter-Spread mache zudem deutlich, dass auch externe geopolitische Schocks die Marktanreize in kürzester Zeit vollständig aushebeln können.

Der europäische Vergleich, so Ines, zeige, dass geeignete politische Rahmenbedingungen die Speicherbewirtschaftung deutlich stabilisieren können. Harmonisierte Regeln im EU-Binnenmarkt seien daher ein wichtiger Baustein, um Wettbewerbsnachteile für deutsche Speicher zu vermeiden.

„Sollte der Staat den Aufbau einer strategischen Reserve als ein Instrument ins Auge fassen, empfehlen wir eine Dimensionierung von rund 78 TWh. Mit einer solchen Reserve könnten exogene Schocks – wie zum Beispiel ein Ausfall norwegischer Importpipelines – über 90 Tage ausgeglichen werden“, betont Heinermann. Wichtig sei dabei ein gestufter Aufbau, der den Marktakteuren Zeit zur Anpassung gibt und gleichzeitig extreme Preisspekulationen verhindert.

Gasspeicherfüllstände in Deutschland

INES



Nur noch zu 21 Prozent waren die Gasspeicher in Deutschland Ende Februar gefüllt. Das und die aktuelle geopolitische Situation lassen die Wiederbefüllung im Sommer schwierig erscheinen
Quelle: Ines

Ines

Ines modelliert fortlaufend die europäischen Gasmärkte, um die Sicherheit der Gasversorgung zu bewerten. Die Initiative Energien Speichern ist ein Zusammenschluss von Betreibern deutscher Gas- und Wasserstoffspeicher und hat ihren Sitz in Berlin. Mit derzeit 17 Mitgliedern repräsentiert der Verein mehr als 90 Prozent der deutschen Gasspeicherkapazitäten und etwa 25 Prozent aller Gasspeicherkapazitäten in der EU. Die Mitglieder beschäftigen sich darüber hinaus in zahlreichen Projekten mit der Entwicklung von Untergrund-Wasserstoffspeichern. // VON GÜNTER DREWNITZKY

Erdgastarife steigen für Neukunden deutlich



Quelle: Pixabay / Stefan Schweihöfer

VERTRIEB. Wer als Haushaltskunde aktuell einen neuen Gasanbieter braucht, muss um bis zu 15 Prozent mehr bezahlen als noch vor wenigen Tagen, so das Online-Portal Verivox.

Die weltweit explodierenden Ölpreise infolge des Irakkrieges wirken sich erstmals auch auf Gaskunden in Deutschland aus. So umschreibt Verivox eine Auswertung zu neuen Verträgen für die Lieferung von Erdgas für von Haushaltskunden. „Die günstigsten Verträge kosten jetzt im Schnitt 9,4 Cent pro Kilowattstunde“.

Im Februar habe hingegen ein Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 20.000 kWh im bundesweiten Durchschnitt im günstigsten Erdgastarif mit zwölfmonatiger Preisgarantie rund 8,2 Cent/kWh bezahlt. Das waren 15 Prozent weniger.

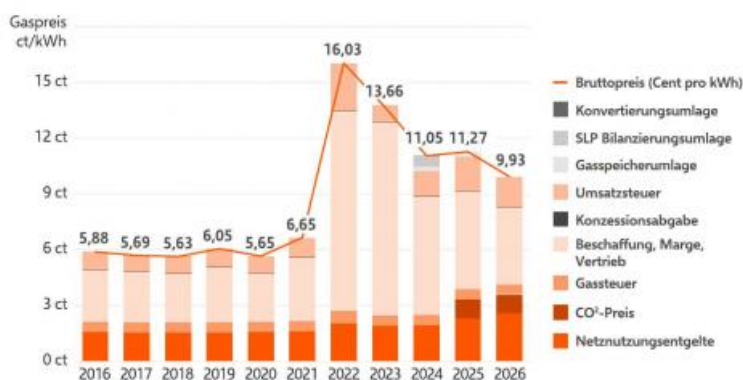
Hintergrund der Entwicklung sind deutlich gestiegene Großhandelspreise für Erdgas infolge des Krieges im Nahen Osten. Am europäischen Handelspunkt TTF lag der Gaspreis vor Beginn der Kampfhandlungen noch zwischen 30 und 32 Euro/MWh. In der Folge der Eskalation kletterte der Preis zeitweise auf knapp 66 Euro/MWh. Damit hatte sich das Preisniveau zwischenzeitlich mehr als verdoppelt.

Inzwischen habe sich der Markt etwas beruhigt, so Verivox weiter. Aktuell notiert Erdgas am TTF bei rund 51 Euro/MWh. Damit liegt der Preis jedoch weiterhin etwa 65 Prozent über dem Niveau vor Ausbruch des Konflikts. Die höheren Großhandelspreise schlagen sich nun in den Tarifen für Neukunden nieder. Versorger kalkulieren neue Angebote stärker auf Basis der aktuellen Beschaffungskosten, während Bestandsverträge häufig noch von früher eingekauften Energiemengen profitieren.

„Die Sorge vor einer länger anhaltenden Schließung der Straße von Hormus und die aktuell hohen Großhandelspreise sorgen jedoch dafür, dass die Neukundenpreise nun deutlich anziehen“, heißt es bei Verivox.

Durchschnittliche Gaspreise

Haushalte mit einem Ø-Verbrauch von 20.000 kWh pro Jahr



Quelle: verivox.de

verivox

Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Verivox

// VON STEFAN SAGMEISTER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)[^ Zum Inhalt](#)

30 Millionen für Wasserstoffprojekte im Verkehr



Quelle: Shutterstock / Scharfsinn

WASSERSTOFF. Der Bund stellt rund 30 Millionen Euro für Wasserstoffprojekte im Verkehr bereit. Gefördert werden Vorhaben in den Regionen Rügen-Stralsund, Erfurt und Rhein-Ruhr.

Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) hat Förderurkunden für Wasserstoffprojekte in den Regionen Rügen-Stralsund, Erfurt und Rhein-Ruhr übergeben. Die drei Gewinnerregionen der zweiten Runde des Wettbewerbs „HyLand – Wasserstoffregionen in Deutschland“ in der Kategorie HyPerformer erhalten Investitionszuschüsse von insgesamt rund 30 Millionen Euro für Wasserstoffprojekte im Verkehrsbereich, wie das Verkehrsministerium mitteilt.

Gefördert werden Projekte entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Dazu zählen Erzeugung, Speicherung, Verteilung und Betankung ebenso wie der Einsatz von Wasserstoff im Verkehr.

„Deutschland ist Technologieführer und Vorreiter bei der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie“, lässt sich Verkehrsminister Schnieder zitieren. „Mit unserer Förderung ermöglichen wir den realen Einsatz innovativer Wasserstofflösungen im Verkehr. Wir unterstützen Regionen, die tragfähige Strukturen aufgebaut haben und nun den nächsten Schritt gehen wollen, von der Planung hin zur praktischen Anwendung im Verkehr zu kommen. Unser Ziel ist klar: Wasserstofftechnologie in die Fläche bringen und damit einen messbaren Beitrag zum Klimaschutz im Verkehr leisten.“

Das Förderprogramm HyLand unterstützt seit 2019 Regionen beim Aufbau lokaler Wasserstoffstrategien für den Verkehr. Es ist in drei Stufen gegliedert: HyStarter für die Netzwerkbildung, HyExperts für die Konzeptentwicklung und HyPerformer für die Umsetzung konkreter Projekte. Nach Angaben des Ministeriums umfasst das Programm mit den drei neuen HyPerformer-Regionen inzwischen 53 geförderte Wasserstoffregionen in Deutschland.

Die Förderung erfolgt im Rahmen des Nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie. Koordiniert wird das Programm von der Now GmbH, umgesetzt durch den Projektträger Jülich. // [VON KATIA MEYER-TIEN](#)

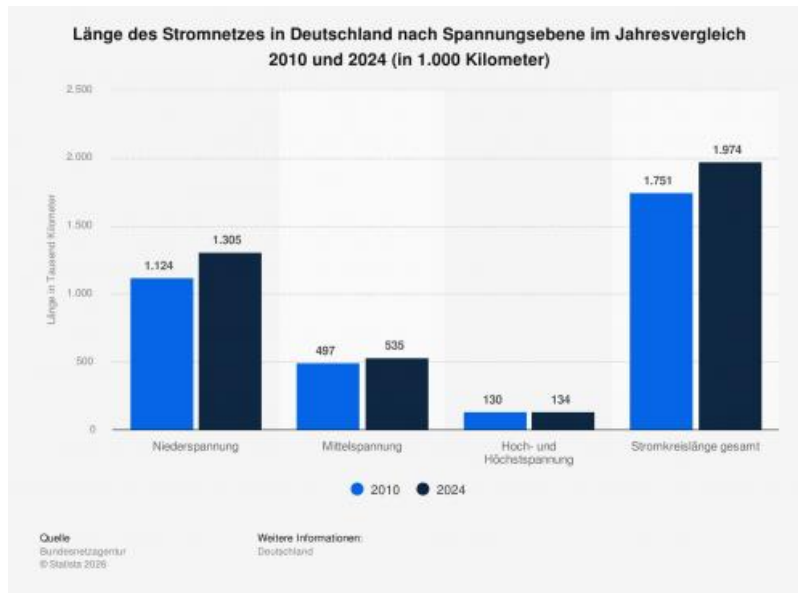
Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)[^ Zum Inhalt](#)

Länge des Stromnetzes in Deutschland im Vergleich 2010 und 2024



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



[Zur Vollansicht auf die Grafik klicken](#)

Quelle: Statista

Die Statistik zeigt die Länge des Stromnetzes in Deutschland nach Spannungsebene im Jahresvergleich 2010 und 2024. Im Jahr 2024 betrug die Länge von Mittelspannungsleitungen in Deutschland rund 535.000 Kilometer. // **VON REDAKTION**

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Quelle: Shutterstock / BELL KA PANG

Amprion sieht Engpässe im Stromnetz

STROMNETZ. Angespannte Energiemärkte durch geopolitische Konflikte erhöhen den Druck auf die Versorgung. In Deutschland bleibt die Lage laut dem Netzbetreiber Amprion dennoch beherrschbar.

Das deutsche System brauche aber unbedingt weitere Kapazitäten, erklärte Amprion-Chef Christoph Müller Mitte März vor Journalisten der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung in Düsseldorf. Wenn die Kohleverstromung als „gesicherte Kapazität“ weg falle, müsse dies natürlich ausgeglichen werden. Zu der Entwicklung der Netzentgelte wollte Müller keine Prognose abgeben. Klar sei aber, „wenn die Lage so bleibt, werden wir das in den Netzpreisen sehen.“ Vor allen Dingen müssten aber die Netze ausgebaut werden.

Müller verglich die derzeitige Lage der Netzbetreiber mit der Situation der Lieferanten von Nudeln oder Toilettenpapier in der Corona-Zeit. Amprion habe Zusagen für künftige Lieferungen gegeben, die größer seien als das gesamte Portfolio. „Wir sind quasi ausverkauft und bewirtschaften das knappe Gut Netz“, konstatierte Müller. So wie bei Amprion sei die Lage auch bei allen anderen Netzbetreibern. Niemand habe zum Beispiel den großen Bedarf für den Anschluss von Batteriespeichern oder auch Rechenzentren vorausgesehen.

Auch Einspeiser an Ausbaukosten beteiligen

An den Kosten für den Ausbau der Stromnetze sollten sich nach Ansicht des Amprion-Chefs nicht nur Abnehmer, sondern auch Einspeiser wie die Erzeuger von Grünstrom beteiligen. Dies könnte etwa über einen Baukostenzuschuss erfolgen, der beim Anschluss von Wind- und Solaranlagen erhoben werden könnte. Der Zuschuss würde „nach vorne wirken“ und könnte auch regional differenziert werden. Müller räumte ein, dass eine solche Beteiligung an den Baukosten Anlagenbetreibern „weh tut“. Andererseits trügen die Zahlungen dazu bei, dass die Netzentgelte niedriger ausfielen. Das wiederum solle für eine Entlastung anderer Kunden.

Für sehr wichtig hält Müller angesichts der aktuellen Lage, die Genehmigungsverfahren für die Installation neuer Netzkapazitäten zu beschleunigen. Der Netzausbau hänge in erster Linie von den Genehmigungsverfahren ab. Die Ampel-Koalition habe die Laufzeit für ein solches Verfahren seinerzeit zwar halbiert, doch würden für ein Projekt weiterhin zehn Jahre benötigt. Es gebe immer noch große Diskussionen mit den Kommunen und zu viele Einsprüche.

Das Stromnetz ist nach den Worten von Müller ein „sensibles System“, doch hält er die deutsche Stromversorgung selbst mit Rückblick auf den Brandanschlag und den großen Stromausfall im Januar in Berlin für „gut aufgestellt“. Zwar kämpfe man auch mit „jeder Menge Cyberangriffen“, aber das Amprion-Team sei „krisenerprobt“. Müller lobte den Einsatz der Mitarbeitenden: „Unsere Mannschaft ist unser großes Asset.“

Gleichwohl sei man nicht davor gefeit, dass einzelne Anlagenteile ausfielen. Damit falle aber nicht das Gesamtsystem zusammen, denn es gebe etwa andere Transformatoren oder andere Verbindungen.

Amprion ist nach den Worten von Müller „froh“ über die industriellen Anteilseigner und die Eigentümerstruktur. Er bezog sich damit auf das Joint Venture zwischen RWE und der Investmentgesellschaft Apollo Global Management. Bei dem Gemeinschaftsunternehmen liegt jetzt die RWE-Beteiligung an Amprion (wir berichteten). Die Anteilseigner stünden hinter der Amprion Investitionsplanung und „gingen den Weg“ des Netzbetreibers mit. Die Planung sieht bis 2029 Ausgaben von gut 36 Milliarden Euro vor. // VON HANS WILLY BEIN

[^ Zum Inhalt](#)

Siemens plant standardisierte Infrastruktur für Rechenzentren



Quelle: Shutterstock / Kjetil Kolbjørnsrud

IT. Siemens und Rittal wollen die Stromverteilung in Rechenzentren standardisieren. Das Ziel sind schnellere Bauzeiten und eine stabile Infrastruktur für steigende Leistungsdichten.

Siemens und Rittal haben eine strategische Partnerschaft für standardisierte Lösungen zur Energieverteilung in Rechenzentren geschlossen. Ziel der Zusammenarbeit ist es, den Bau von Hochleistungs-Rechenzentren zu beschleunigen, die Inbetriebnahme zu verkürzen und die wachsenden Leistungsdichten durch die Anwendungen der Künstlichen Intelligenz (KI) zu bedienen.

Wie aus einer Mitteilung von Siemens hervorgeht, soll sich die Kooperation auf Märkte richten, in denen Normen der International Electrotechnical Commission (IEC) gelten. Das sind etwa 170 Länder weltweit. Im Mittelpunkt steht eine standardisierte Infrastruktur für die Stromverteilung. Siemens arbeitet dafür mit der Friedhelm Loh Group und deren Unternehmen Rittal zusammen, das Racks (Serverschränke) sowie Infrastruktur für Stromversorgung und Kühlung anbietet.

Nach Angaben der Unternehmen liegen in KI-Rechenzentren Leistungswerte von 100 kW und mehr pro Rack bereits im üblichen Bereich. Bis 2030 könnte die Leistungsdichte weiter stark steigen. Daraus ergeben sich neue Anforderungen an Energieverteilung, Kühlung und Wärmerückgewinnung.

Eine der ersten gemeinsamen Lösungen soll eine Anwendung sein, die direkt im Kern des Rechenzentrums installiert wird, also in der Nähe von Server- und Speicherschränken. Vorgesehen ist ein eigenes Power-Rack, das mehrere Serverschränke versorgt und die Leistungselektronik bündelt. Darüber hinaus arbeiten

beide Unternehmen an einer standardisierten Niederspannungsverteilung für modulare und containerisierte Rechenzentren sowie an Lösungen für Betriebs- und Personensicherheit.

Erste Kundenprojekte befinden sich den Unternehmen zufolge bereits in der Umsetzung. Perspektivisch soll die Zusammenarbeit auch auf weitere Branchen und Anwendungen ausgeweitet werden.

// VON KATIA MEYER-TIEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Energieversorger setzen auf gemeinsame IT-Plattform



Quelle: iStock / agsandrew

IT. Die Stromversorgung Greding und die Stadtwerke Hemau (Bayern) stellen ihre IT-Systeme in einem gemeinsamen Projekt auf eine neue Plattform der „Kraftwerk“ Software Gruppe um.

In Greding und Hemau nutzen die kommunalen Energieversorger bisher die Branchenlösung „WinEV“ der Kraftwerk-Tochter „iS Software“. Jetzt wechseln sie zur umfassenderen Lösung auf Basis von Microsoft Dynamics 365 Business Central, wie es in einer Mitteilung der Unternehmen heißt.

Thomas Mendl, Geschäftsleiter der Stromversorgung Greding, erläutert darin die Gründe: „Wir nutzen die gemeinsame Umstellung als Chance, unsere IT- und Geschäftsprozesse grundlegend zu modernisieren und auf eine integrierte Plattform zu überführen. Damit schaffen wir die Grundlage für weitere Digitalisierungsschritte und sind für die Anforderungen der Zukunft gut aufgestellt.“

Auch die Stadtwerke Hemau versprechen sich von der Migration eine deutliche Vereinfachung ihrer Abläufe. „Als kommunaler Eigenbetrieb brauchen wir eine leistungsfähige Lösung, die gleichzeitig effizient zu betreiben ist. Die Kraftwerk-Plattform bietet uns genau das – einschließlich moderner und sicherer Cloud-Infrastruktur sowie der Perspektive auf KI-gestützte Funktionen über Microsoft Copilot“, so Thomas Mehring, Werkleiter der Stadtwerke Hemau.

Mike Horne, Geschäftsführer iS Software/Kraftwerk: „Die gemeinsame Einführung bei zwei Unternehmen, die sich in Größe und Struktur ähneln, ermöglicht es uns, Synergien im Projekt gezielt zu nutzen und den Aufwand für beide Seiten zu reduzieren. Gleichzeitig erhalten die Stromversorgung Greding und die Stadtwerke Hemau jeweils eine Lösung, die ideal zu ihren Prozessen passt.“

Echtbetrieb soll ab 2027 starten

Die Beauftragung des Projekts erfolgte im Februar 2026, der offizielle Projektstart ist für April vorgesehen. Der Start des Echtbetriebs ist für das erste Quartal 2027 geplant.

Die Stromversorgung Greding ist ein Nebenbetrieb der Raiffeisenbank Altmühl-Jura und versorgt rund 1.900 Abnehmer im Kernort der Stadt Greding im Landkreis Roth mit Strom. Die Stadtwerke Hemau sind ein Eigenbetrieb der 9.400-Einwohner-Stadt Hemau im Oberpfälzer Landkreis Regensburg. Sie versorgen die Kommune mit Strom und Wasser. Darüber hinaus betreiben sie ein Hackschnitzel-Heizkraftwerk, das Nahwärme liefert.

Die Unternehmensgruppe Kraftwerk Software mit Sitz in Halle (Sachsen-Anhalt) besteht aus sechs Technologieunternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft und betreut nach eigenen Angaben mit über 350 Mitarbeitern europaweit mehr als 500 Kunden und 200 Ladestromanbieter. // VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Wieder gut: OB Guido Deus (2.v.l.) und SWB-Chef Olaf Hermes (2.v.r.). Quelle: Stadtwerke Bonn

Überraschende Kehrtwende des Bonner Geschäftsführers

PERSONALIE. Erst wollte der Chef der Stadtwerke Bonn zurücktreten. Jetzt soll Olaf Hermes seinen Vertrag vorzeitig verlängern.

Der Geschäftsführer der kommunalen Stadtwerke Bonn GmbH (SWB), Olaf Hermes, soll vorzeitig einen neuen Arbeitsvertrag unterzeichnen. Das teilte das Unternehmen in einer Pressemeldung mit. Der Bonner Oberbürgermeister sei laut Pressestatement auf Olaf Hermes zugegangen, um „eine tragfähige Grundlage für die weitere Zusammenarbeit zu schaffen.“

„Olaf Hermes und Oberbürgermeister Guido Deus wollen die Zusammenarbeit zwischen Stadtspitze und Stadtwerken Bonn künftig enger gestalten. Beide verständigten sich darauf, den bestehenden Vertrag von Hermes als Vorsitzender der Geschäftsführung des Stadtwerke-Bonn-Konzerns vorzeitig zu verlängern.“

Diese Aussage ist insofern bemerkenswert, dass Olaf Hermes noch vergangene Woche angekündigt hatte, im Sommer bei den Stadtwerken seine Posten abgeben zu wollen. Das berichteten übereinstimmend mehrere Lokalmedien. Hermes ist Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke Bonn GmbH und zugleich Geschäftsführer von SWB Energie und Wasser.

Immobiliengeschäft als Auslöser

Hintergrund ist ein Immobiliengeschäft der Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH, an der die Stadtwerke zu 49,6 Prozent beteiligt sind. Dabei ging es um die Ausübung eines Vorkaufsrechts für ein Grundstück am Flugplatz.

Dabei gab es den Vorwurf politischer Einflussnahme. Mehrere hochrangige Politiker und Behördenmitarbeiter – unter ihnen auch der Oberbürgermeister – sollen ihre Kontakte haben spielen lassen. Sie sollten einem Busunternehmer, der auch in Bonn Teile des ÖPNV bedient, einen Gefallen tun. Oberbürgermeister Deus, der seit November 2025 im Amt ist, wies dies entschieden zurück.

„Für die großen Aufgaben der kommenden Jahre brauchen wir eine enge Abstimmung zwischen Stadt und Stadtwerken. Deshalb habe ich den direkten Austausch mit Olaf Hermes gesucht“, wird Oberbürgermeister Deus in der Pressemitteilung zitiert. In zwei Gesprächen am 13. und 16. März haben Oberbürgermeister und Stadtwerke-Chef eine gemeinsame Basis zur Zusammenarbeit gefunden worden. Fazit Deus: „Olaf Hermes soll bleiben.“

Anpassungen bei Compliance und Governance

Vereinbart wurde auch, dass die Compliance-Struktur der Stadtwerke gestärkt werde. Vorgesehen ist die Installation eines Chief Compliance Officers. In diesem Zusammenhang soll die Zusammenarbeit mit dem städtischen Rechnungsprüfungsamt klar geregelt werden, heißt es weiter.

Darüber hinaus ist eine Überarbeitung der Governance-Struktur einschließlich der Satzung geplant. „Ziel ist es, klare und verlässliche Zuständigkeiten sicherzustellen und künftig zu vermeiden, dass nach Wahlen Phasen entstehen, in denen Gremien ohne Führung bleiben“, so das Unternehmen.

Die Vertragsverlängerungen stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung der jeweils zuständigen Gremien, heißt es aus dem Unternehmen. // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energetechnik **Erneuerbare Energien** **Energiemanagement**

08152 93 11 88 **www.energiejobs.online**

Kreuznach sammelt mehr als 1 Millionen Euro bei der Bevölkerung ein



Geld in den Sand stecken ist weiter möglich.
Quelle: SW Kreuznach / Chantal Ruböder

BÜRGERBETEILIGUNG. Geld in eine Bad Kreuznacher Stromleitung zu stecken, kommt offenbar gut an. Binnen 14 Tagen haben Privatsiers bereits etwa 1,5 Millionen Euro in ein Stadtwerke-Projekt investiert.

Die Stadtwerke aus Bad Kreuznach haben die Hälfte ihres Weges bei der aktuellen Bürgerbeteiligungsrunde absolviert. Von den 3,15 Millionen Euro, die der Versorger aus Rheinland-Pfalz einsammeln möchte, seien etwa 1,5 Millionen Euro inzwischen gezeichnet, heißt es in einer Mitteilung.

Stadtwerke-Geschäftsführer Klaus-Dieter Dreesbach wertet die bisher angelegte Summe laut Mitteilung als „starkes Signal des Vertrauens“. Privatleute aus der gesamten Republik dürfen Geld in einem Nachrangdarlehen parken, das der Versorger mit 3,5 Prozent verzinst. Die Kundschaft der Stadtwerke erhält sogar 4 Prozent. Das Anlegen von 1.000 bis maximal 25.000 Euro gilt für mindestens fünf volle Jahre und ist weiterhin möglich. Das Geld fließt nicht direkt in ein Projekt, sondern dient der besseren Finanzausstattung der Stadtwerke.

Die Bürgerbeteiligung zielt dennoch indirekt auf eine Investition in das Stromnetz des Versorgers ab. Aktuell entsteht eine neue Mittelspannungskabel-Trasse zwischen den Kommunen Planig und Pfaffen-Schwabenheim. Die Leitung kommt auf Länge von 4,5 Kilometern. Damit will Bad Kreuznach die Netzperformance und die Sicherheit der Stromversorgung verbessern. Die mehr als 3 Millionen Euro Bürgergeld sind etwas mehr, als Bad Kreuznach für das Projekt veranschlagt hat. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

Stadtwerke Düsseldorf führen vereinheitlichten Fernwärmetarif ein



Quelle: Jonas Rosenberger

STADTWERKE. Die Stadtwerke Düsseldorf führen ihre Fernwärme-Tarife zusammen und wollen damit künftig eine einheitlichere Preisstruktur schaffen.

Die Stadtwerke Düsseldorf führen ihre Fernwärmetarife in Teilen der Innenstadt zusammen, teilte der Versorger am 17. März mit. Ab 2027 gilt dort schrittweise der Standardtarif „Düsselwärme Direkt“. Ziel ist eine einheitliche Preisstruktur für die angeschlossenen Haushalte und Betriebe. Bereits seit dem Jahr 2023 stellen die Stadtwerke bestehende Verträge auf den neuen Tarif um. Weitere Verträge kündigt das Unternehmen zum 31. Dezember 2026.

Der neue Tarif weist nach Auskunft der Stadtwerke einzelne Kostenbestandteile getrennt aus. Gleichzeitig soll der Einfluss kurzfristiger Schwankungen der Gaspreise reduziert werden, was zu einer besser planbaren Preisentwicklung beitragen soll. Zugleich stärke der neue Tarif die Grundlage für Investitionen in eine nachhaltige Fernwärmeinfrastruktur. Die Umstellung in den neuen Tarif führt bei gleichbleibendem Verbrauch allerdings zu höheren Kosten. Ein Haushalt mit jährlichen Heizkosten von rund 1.400 Euro zahlt nach aktuellen Preisannahmen im Schnitt etwa 30 Euro mehr pro Monat. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Ex-Chef und Stadtwerke Pforzheim sind keine Gegner mehr



Herbert Marquard hat sich mit Pforzheim gütlich verglichen. Quelle: Stadtwerke Pforzheim

RECHT. Die sechsjährige Amtszeit von Herbert Marquard bei den Stadtwerken Pforzheim ist erst jetzt wirklich zu Ende gegangen. Offene Rechtsstreits ragten weit über seinen Ausstieg hinaus.

Herbert Marquard hat das Kapitel Pforzheim jetzt für „erledigt“ erklärt. Der ehemalige Geschäftsführer der dortigen Stadtwerke hat sich laut einer Mitteilung des Aufsichtsrats mit dem Versorger darauf geeinigt, die gegenseitigen Vorhaltungen nicht weiter zu verfolgen. Und die hatten es in sich.

Der Manager war von 2019 bis 2025 Chef des Versorgers aus Baden-Württemberg. Er war zunächst eingesprungen, nachdem der Aufsichtsrat sein Vorgänger-Duo gegen dessen Willen aus der Verantwortung entlassen hatte.

Aus dem Feuerwehrmann wurde eine Dauerlösung. Die nicht damit beendet war, dass Marquard im Frühjahr vergangenen Jahres seine Zelte abbrach und nach Bietigheim-Bissingen weiterzog. Denn von alter Wirkungsstätte drohte Ungemach, weil ein Whistleblower Marquard Verstöße gegen Compliance-Regeln vorwarf. Es solle nicht mit rechten Mitteln bei einer Auftragsvergabe für eine neue Beleuchtung an einem Heizkraftwerk zugegangen sein.

Staatsanwaltschaft mit rechtswidrigen Hausdurchsuchungen

Die Vorwürfe riefen die Staatsanwaltschaft Pforzheim auf den Plan, die – wie in einem schlechten Krimi – ihre Befugnisse allerdings gehörig überschritt. Denn sie setzte zwei Hausdurchsuchungen bei Marquard durch und hielt sich bis zuletzt offen, ein Strafverfahren gegen Marquard vor dem Landgericht Karlsruhe zu eröffnen.

Allerdings watschte die 12. Große Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts die Staatsanwaltschaft ab. Die Hausdurchsuchungen sowie die Beschlagnahme von Gegenständen in Marquards Privatwohnungen im August 2025 stufte die Kammer als rechtswidrig ein.

Weil Marquard von seiner Unschuld überzeugt war, holte er zum Gegenschlag aus und klagte vor der Kammer für Handelssachen am Landgericht Karlsruhe auf Überweisung ausstehender Tantiemen aus seiner Amtszeit in Pforzheim. Laut Medienberichten sollten die Forderungen sich auf etwa 200.000 Euro belaufen haben.

Für die Stadtwerke Pforzheim und ihre Mutter, die Kommune, ist das nun beendete Drama vermutlich eine teure Angelegenheit gewesen, allein wegen hoher Anwaltskosten. Ob Marquard mit der Einigung auch auf seine Tantiemen verzichtet, darüber gab es auf Anfrage dieser Redaktion keine eindeutige Antwort. In der Mitteilung spricht Marquard von einem Vergleich, den keine Seite näher erläuterte.

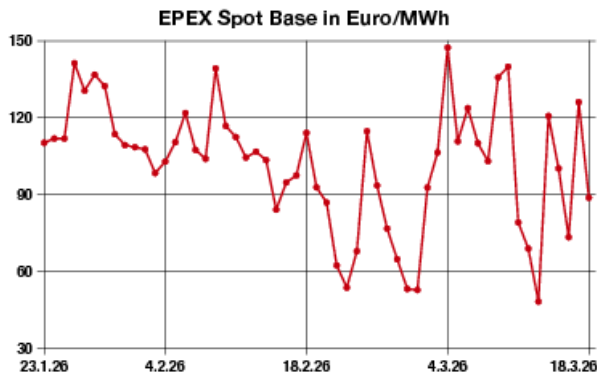
Oberbürgermeister und Aufsichtsratschef Peter Boch (CDU) spricht in der Mitteilung davon, dass gegen den Ex-Geschäftsführer weder ein strafrechtliches Verfahren noch eine Schadensersatzforderung „mehr im Raum stehen“. Die fehlende Entlastung für seine Amtsführung wolle das Kontrollgremium „zeitnah“ aussprechen.

Offiziell heißt es nun von Boch, der frühere Geschäftsführer habe sich „große Verdienste“ um die Stadtwerke erworben, „die durch die Auseinandersetzung zuletzt zu sehr aus dem Fokus geraten sind“. Marquard hat im Gegenzug seine Klage auf Zahlung der Gelder zurückgezogen. // VON VOLKER STEPHAN

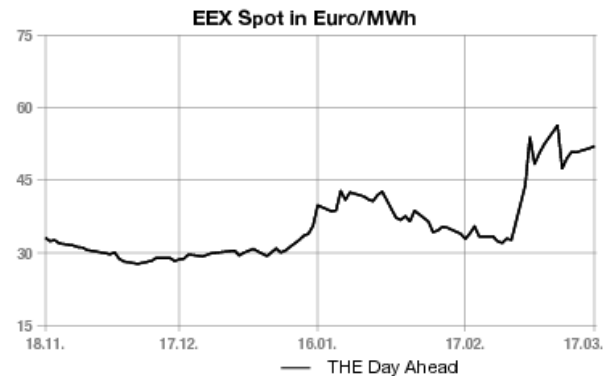
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



CO2-Debatte drückt Strompreise trotz Krieg



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO2- und Gasmarkt.

Uneinheitlich haben sich am Dienstag die Energienotierungen gezeigt. Während die Preise für Gas, Öl und Kohle vor dem Hintergrund des Irankrieges anzogen, zeigten sich die Notierungen für CO2 und Strom abwärts gerichtet. Ausschlaggebend hierfür war die sich immer stärker intensivierende Diskussion um eine Reform des EU-ETS vor dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs am Donnerstag und Freitag.

Alles deutet dabei auf die Einführung eines Mechanismus in den kommenden Monaten hin, mit dem die Zertifikate letztendlich billiger werden, um den Wettbewerbsdruck für die europäische Industrie zu lindern. Die heruntergeredeten CO2-Preise lösten am Berichtstag auch bei Strom den politisch gewollten Abwärtsdruck aus, der die bullischen Impulse von Kohle und Gas überkompensierte. Wie lange dies jedoch gelingen kann, ist derzeit kaum absehbar. Noch zeichnet sich kein Ende des Krieges ab.

Strom: Mit einem deutlichen Minus hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Dienstag präsentiert. Die Diskussionen um eine Reform des EU-ETS überkompensierten dabei den kriegsbedingten Preisanstieg bei Gas und Öl. Der Day-ahead verlor 37,00 auf 89,25 Euro je Megawattstunde im Base und 62,00 auf 68,25 Euro je Megawattstunde im Peak.

Maßgeblich für den Preisrückgang beim Day-ahead ist die höhere Einspeiseleistung der Erneuerbaren zur Wochenmitte. Die Meteorologen von Eurowind erwarten für den Mittwoch 28,9 Gigawatt an Beiträgen von Wind und Solar, während für den Berichtstag nur 17,2 Gigawatt anfallen sollen. Für die Folgetage ab Donnerstag veranschlagt Eurowind jedoch wieder eine deutlich geringere Erneuerbaren-Einspeiseleistung.

Am langen Ende sank das Strom-Cal-27 um 0,76 auf 91,48 Euro je Megawattstunde.

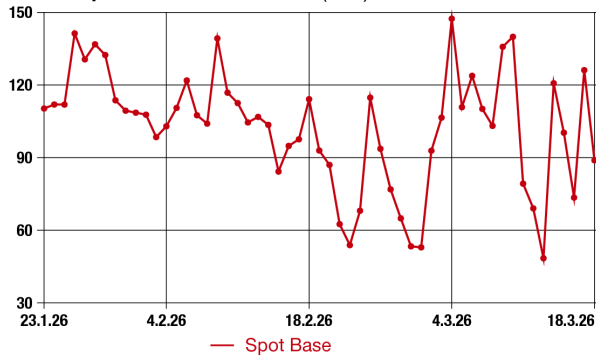
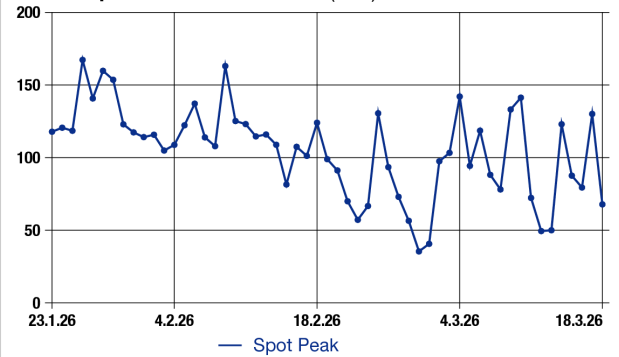
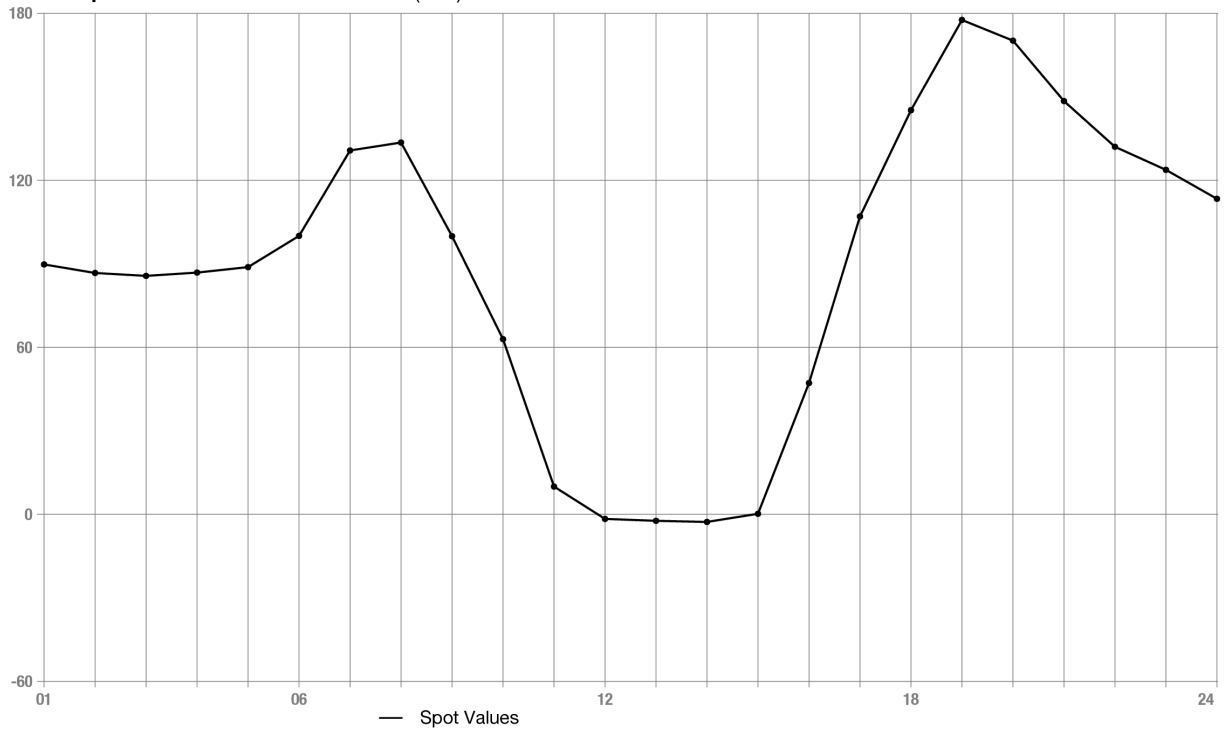
CO2: Mit einem sehr kräftigen Minus haben sich die CO2-Preise am Dienstag präsentiert. Der Dec 26 verlor bis gegen 13.31 Uhr 3,69 auf 65,31 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 35,8 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 68,55 Euro, das Tief bei 64,93 Euro. Hintergrund der Abgaben ist die sich verstärkende Diskussion um eine Reform des EU-ETS, die auf eine Verminderung des CO2-Preises hinausläuft.

Deutschland geht es dabei vor allem um die Verteilung kostenloser CO2-Zertifikate, die verhindern soll, dass europäische Unternehmen auf dem Weltmarkt einen Nachteil erleiden. Diese Zuteilung läuft nach aktuellem Stand 2034 aus und beruht auf Zielwerten, die entscheiden, welche Firmen die kostenlosen Zertifikate bekommen. Nach Ansicht der Bundesregierung sind die Zielwerte für die deutsche Chemieindustrie zu ehrgeizig. Brüssel will nach den Worten von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen „in Kürze“ eine Anpassung der Zielwerte vorschlagen und dabei „die von der Industrie geäußerten Bedenken berücksichtigen“. Von der Leyen kündigte in einem Brief an die EU-Staats- und Regierungschefs außerdem die Ausweitung eines Mechanismus an, der die CO2-Preise stabil halten soll.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise haben sich am Dienstag fester gezeigt. Der Frontmonat April am niederländischen TTF gewann bis gegen 13.26 Uhr 1,070 auf 51,825 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE ging es um 0,900 auf 52,800 Euro je Megawattstunde nach oben. Händler führen den Preisanstieg bei Gas auf die Ausweitung iranischer Angriffe auf die Energiewirtschaft am Persischen Golf zurück.

Der Betrieb eines Erdgasfeldes in den Vereinigten Arabischen Emiraten wurde eingestellt. Die Angriffe Teherans intensivieren sich zu einem Zeitpunkt, an dem sich Sorgen vor Lieferengpässen verstärken, nachdem der Krieg im Nahen Osten in seine dritte Woche geht. Die starken Einschränkungen des Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormus am Persischen Golf beginnen sich vor allem auf Verbraucher in Asien auszuwirken, die auf Lieferungen aus der Golfregion besonders angewiesen sind und zuletzt auch auf dem europäischen Markt verstärkt Gas nachfragten. // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

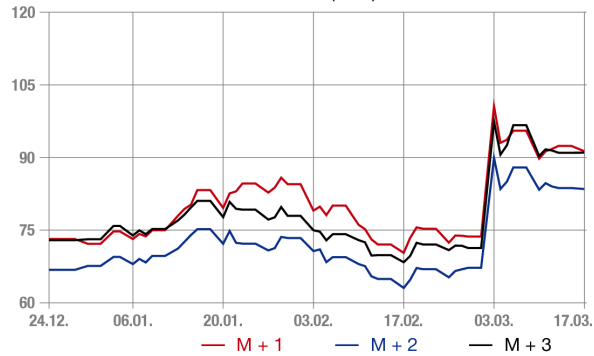
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	17.03.26	German Power Apr-2026	91,29
M2	17.03.26	German Power Mai-2026	83,49
M3	17.03.26	German Power Jun-2026	90,99
Q1	17.03.26	German Power Q2-2026	88,53
Q2	17.03.26	German Power Q3-2026	100,04
Q3	17.03.26	German Power Q4-2026	118,04
Y1	17.03.26	German Power Cal-2027	91,64
Y2	17.03.26	German Power Cal-2028	73,62
Y3	17.03.26	German Power Cal-2029	69,23

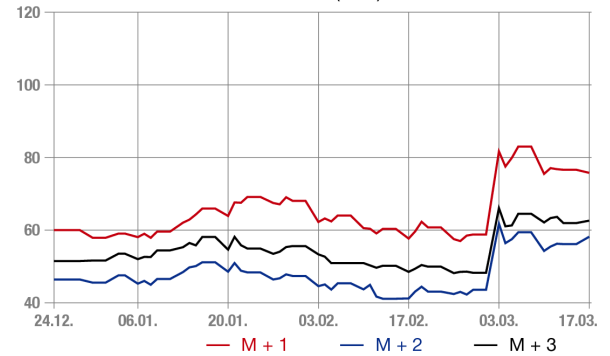
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	17.03.26	German Power Apr-2026	75,77
M2	17.03.26	German Power Mai-2026	58,18
M3	17.03.26	German Power Jun-2026	62,61
Q1	17.03.26	German Power Q2-2026	65,63
Q2	17.03.26	German Power Q3-2026	91,05
Q3	17.03.26	German Power Q4-2026	146,43
Y1	17.03.26	German Power Cal-2027	98,33
Y2	17.03.26	German Power Cal-2028	80,06
Y3	17.03.26	German Power Cal-2029	75,96

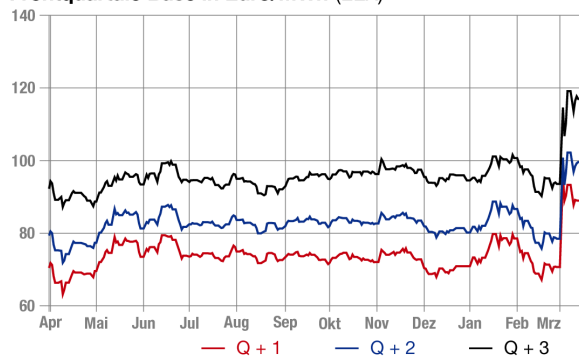
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



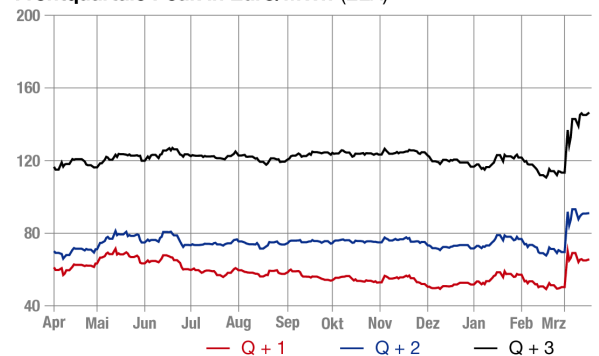
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



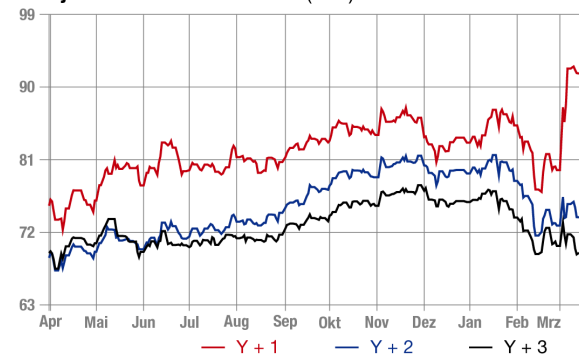
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



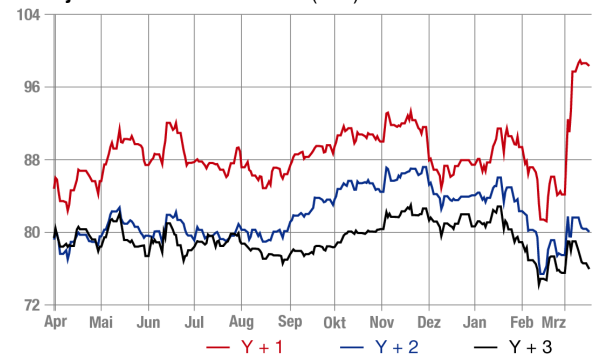
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



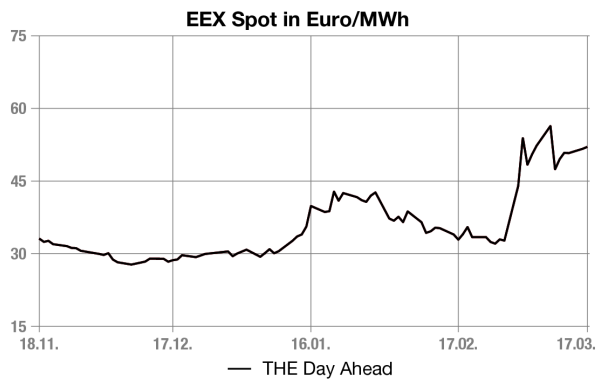
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



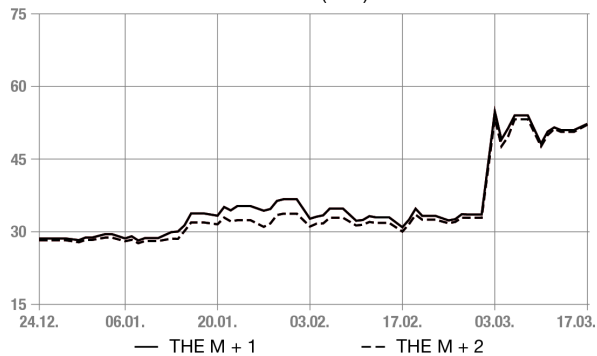
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

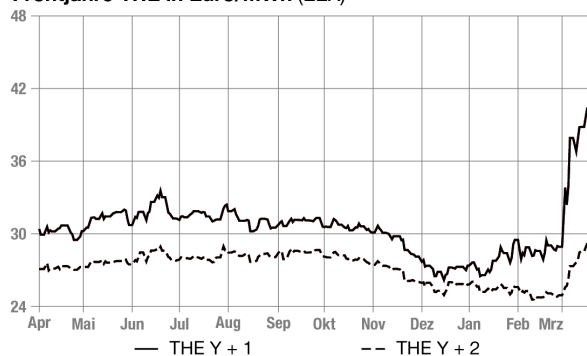
	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	17.03.26	German THE Gas Apr-2026	52,27
M2	17.03.26	German THE Gas Mai-2026	52,10
Q1	17.03.26	German THE Gas Q2-2026	51,98
Q2	17.03.26	German THE Gas Q3-2026	51,75
S1	17.03.26	German THE Gas Win-2026	51,05
S2	17.03.26	German THE Gas Sum-2027	37,58
Y1	17.03.26	German THE Gas Cal 2027	40,42
Y2	17.03.26	German THE Gas Cal 2028	29,22



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	17.03.26	88,91	EUR/MWh
Germany Spot peak	17.03.26	67,81	EUR/MWh
EUA Apr 2026	17.03.26	65,51	EUR/tonne
Coal API2 Apr 2026	17.03.26	125,95	USD/tonne

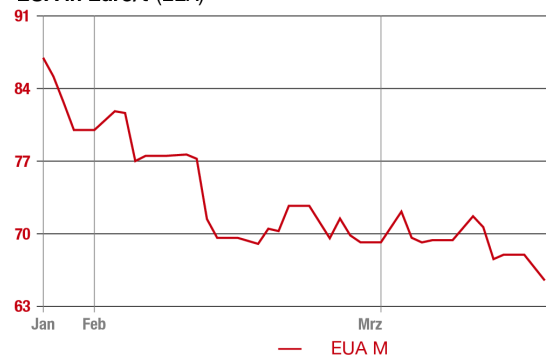
Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	17.03.26	52,06	EUR/MWh
German THE Gas Apr-2026	17.03.26	52,27	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	17.03.26	40,42	EUR/MWh
Crude Oil Brent Mai-2026	17.03.26	103,42	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Junior Geschäftsführer Energie (m/w/d)

(Junior) Geschäftsführer Energie (m/w/d) Arbeitsplatz Hybrid am Standort Mühlheim am Main

in Mühlheim am Main

27.02.2026



Geschäftsführer (M/W/D)

Strategieberatung sucht Geschäftsführer (M/W/D) zur Weiterentwicklung erneuerbarer Wärmeprojekt...

in Hamburg

27.01.2026

● Vorstand/Geschäftsführung ● Festanstellung / Angestellter ● Homeoffice / Weiterbildung / Mobilitätzuschuss / Mitarbeitererevents



Mitarbeiter:in im Netzbetrieb Abwasser (w/m/d) Standort Schöneberg

Über uns Die Berliner Wasserbetriebe sind mit über 4.800 Mitarbeiter:innen das größte Unternehmen d...

in Berlin (+1 weiterer Standort)

vor 2 h

● Ausbildung ● Homeoffice / Weiterbildung / Sabbatical



Fahrgastbegleiter mit MountainManager & GletscherGuide (m/w/d)

KOMM ZU UNS - KOMM IN UNSER TEAM Wir bieten Einen sicheren Arbeitsplatz mit langfristiger Pers...

in Grainau

vor 2 h

● Ausbildung



Netzplaner Strom (m/w/d)

Werde Teil der Energie-Zukunft bei der Rhein-Sieg Netz GmbH, der Verteilnetzbetreiberin aus Siegburg ...

in Siegburg

vor 2 h

● Festanstellung / Ausbildung / Freie Mitarbeit

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



Über E&M



E&M Anzeigen-Vertrieb



E&M Mediadaten



E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

